

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Monatliche Beilage: „Der Betriebsrat in der Holzindustrie“

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis monatlich 50 Pfennig. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Röllischen Park 2.

Inserate: Die sechsspaltige Konparellzeile oder deren Raum 1 Mark, Arbeitervermittlungen 50 Pfennig, Verbandsanzeigen 50 Pfennig pro Zeile.

Der Gewerkschaftskongress in Breslau.

Der Verlauf des Breslauer Kongresses erinnert ein wenig an alte, verflissene Zeiten, wo man sich auf den großen Tagungen über die eine oder die andere Frage stritt, wo auch einmal heftiger diskutiert wurde, im ganzen aber doch die Teilnehmer der Tagung sich als Kameraden fühlten, die einander eng verbunden, gemeinsam den Stürmen trotzen, die uns von allen Seiten umflossen. Gegenstand der Auseinandersetzung auf den Kongressen war damals im Grunde nur die Frage, wie man es anpacken muß, um den Feind, nämlich den mit der Staatsgewalt eng verbundenen Kapitalismus, wirksam zu bekämpfen und dem Aufstieg der Arbeiterklasse den Weg zu ebnen.

Dann kam der Umschwung. Das alte System war zusammengebrochen. Im Überdram der Begeisterung glaubte mancher an eine Revolutionierung der Wirtschaftsverfassung, die fest zu „verantw.“ Aufgabe der Gewerkschaften sein müsse. In Wirklichkeit war aber nur eine Änderung der politischen Herrschaftsform eingetreten. Deren Bedeutung ist gewiss nicht zu unterschätzen. In der Republik sind die Voraussetzungen für eine gerechte Verteilung von Licht und Schatten in den Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit viel günstiger als in der Monarchie wilhelminischen Gepräges, aber die Auseinandersetzungen selbst bleiben uns nicht erspart. Der Kapitalismus sieht noch fest in seinem Herrschaftsbereich. Die wirtschaftliche Revolution, die ihn stützt, ist ein sich langsam vollziehender Prozeß. Starke Gewerkschaften, eine von einem einheitlichen Willen geleitete Arbeiterschaft sind das Mittel, aber auch die unumgängliche Voraussetzung für die Beschleunigung dieses Prozesses.

Dieser grundsätzliche Irrtum, der das schon erreicht sah, was noch mühsam erkämpft werden mußte; die in falsche Bahnen geleitete Begeisterung, der das Herz mit dem Verstand durchgegangen war, und dort Verrat sah, wo auch in aufgeregten Zeiten der Verstand klar erhalten worden war, das war der Boden, auf dem der Unfrieden gedieh. Der furchtbare Bruderkrieg, der die Arbeiterschaft in mehrere Stufen auf das heftigste bekämpfende Lager zerriß, der die Kraft der Arbeiterschaft lähmte in der Zeit, da feste Eingliederung das allerdringendste Bedürfnis war, diese furchtbare Zeit warf ihre trüben Schatten auch auf die Gewerkschaftskongresse in Nürnberg und in Leipzig.

Breslau brachte demgegenüber die Erkenntnis, daß diese schlimme Krise in der Arbeiterbewegung überwunden ist. Der Geist der Verneinung, die sadistische Wollust, die ihre Befriedigung in der Selbstzerfleischung der Arbeiterklasse findet, ist noch nicht völlig tot. Aber wenn es auch draußen noch rumort und lärmt und poltert, so täuscht das doch nicht über die Tatsache, daß die Wiedergesundung der Arbeiterschaft starke Fortschritte macht. Bald werden auch die letzten Spuren des Krankheitsstoffes aus dem wieder erstarkten Körper ausgeschieden sein.

Auf dem Breslauer Kongress sind die meisten Beschlüsse einstimmig gefaßt worden. Diese Einmütigkeit könnte Erstaunen erwecken, denn unsere gewerkschaftlichen Tagungen sind keine Paradeveranstaltungen, sondern ernstlichen Meinungs-austausches. Ihr Zweck ist es nicht, einstimmige Beschlüsse herbeizuführen, sondern aus dem Widerstreit der Meinungen das herauszuholen und festzuhalten, was der Arbeiterschaft am besten frommt. Die diesmal in so weitgehendem Maße erzielte Einmütigkeit ist der Erfolg einer sehr gründlichen Vorarbeit. Die meisten der vorgelegten Entschlüsse tragen die Unterschrift des Bundesvorstandes. Das besagt, daß sie das Ergebnis eingehender Beratungen waren. Außerdem wurden sie noch, ebenso wie die ausreichend unterstützten Anträge — ein großer Teil der eingereichten Anträge hat diese Feuerprobe nicht bestanden — von der durch den Kongress eingesetzten Mitgliedern Antragskommission sorgfältig nachgeprüft. Es war ein kritisch verankertes Parlament, das keine Beschlüsse gefaßt hat; um so höher ist die in so vielen Fällen erzielte Einmütigkeit zu werten.

Das wichtigste Problem zu dem der Gewerkschaftskongress Stellung genommen hat, betrifft die Wirtschaft und die Gewerkschaften. Hier handelt es sich um die Kernfragen, um die sich der Kampf der Gewerkschaften in der Zukunft bewegen wird. Der Aufgabenbereich der Gewerkschaften ist gewachsen. An ihnen bewährt sich die Richtigkeit des dialektischen Grundgesetzes, daß die Quantität in die Qualität umschlägt. Das Wachstum unserer Verbände ermöglicht es uns, nicht nur auf dem Gebiete der Lohn-

bewegung, das unser ältestes Betätigungsgebiet war, um so viel mehr zu leisten, die Größe der Gewerkschaftsbewegung eröffnet uns weitere Arbeitsgebiete. Noch sind die Arbeiter nur Objekte der plan- und führungslosen kapitalistischen Wirtschaft. Nun erheben wir Anspruch auf die gleichberechtigte Mitwirkung nicht nur bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, nicht nur bei der Betriebsführung, für die das Betriebsrätegesetz lediglich die aller bescheidensten Ansätze enthält, nein, unser Ziel ist höher gesteckt. Wir wollen aktiv an der Führung der Wirtschaft beteiligt sein, wir wollen dem herrschenden Kapitalismus auch von dieser Seite her energisch zuleide gehen. Diesen festen Willen hat der Gewerkschaftskongress durch seinen einmütigen Beschluß kundgetan, und darin liegt seine größte Bedeutung.

Die Aufgabe, die wir uns gestellt haben, ist nicht leicht. Starke Hemmnisse für die Entwicklung der Arbeiterbewegung sind durch die republikanische Verfassung beseitigt. Aber die Republik gibt uns nur den äußeren Rahmen; den Kern, den Inhalt müssen wir uns selbst schaffen. In welchem geringem Maße auch in der Republik der Tatsache Rechnung getragen ist, daß die Arbeiter die zahlreichste und wichtigste Klasse der Bevölkerung sind, zeigt ein Blick auf die Sozialgesetzgebung in Deutschland. Hier liegt alles noch in den Anfängen, und die Entwicklung, soweit von einer solchen die Rede sein kann, bewegt sich durchaus nicht in der Richtung, die unseren Wünschen entspricht. Das ist eine Folge der Zersplitterung der Arbeiterklasse, der unfruchtbaren Bruderkämpfe, die uns auch im Parlament um den Einfluß gebracht haben, den eine einzige Arbeiterschaft längst errungen hätte.

Die Organisationsform ist nicht das Ausschlaggebende. Seit dem Bestehen der Gewerkschaften befindet sich die Organisationsform in ständigem Fluß. Fortgesetzt finden Umbildungen und Verschmelzungen statt, und die Tendenz ist darauf gerichtet, die Arbeiter in einer möglichst kleinen Zahl großer und leistungsfähiger Gewerkschaften zusammenzuschließen. In diese Entwicklungstendenzen soll man nicht gewaltsam eingreifen, auch wenn es mit der besten Absicht geschieht. Das ist der Sinn der Beschlüsse des Kongresses zur Organisationsfrage. Hier ist kein einmütiger Beschluß zustande gekommen, und für eine Anzahl der der Entschlüsse zustimmenden Delegierten wurde erklärt, daß sie dies nur schweren Herzens tun. Wir geben uns trotzdem der Hoffnung hin, daß nunmehr, zum mindesten für absehbare Zeit, der unerquickliche Streit über die Organisationsform aus der Gewerkschaftsbewegung ausscheidet. Wir haben Besseres zu tun, wir müssen unsere Kräfte zusammenfassen gegen die Gegner der Arbeiterklasse. Aber die Schwere dieses Kampfes gibt es keine Meinungsverschiedenheit; wir werden ihn nur bestehen, wenn wir die Masse der Arbeiterschaft hinter uns wissen.

In dieser Hinsicht brachte der Abschluß des Kongresses eine Kundgebung von imponierender Wucht. Der riesige Fackelzug, der sich am Abend nach der Beendigung des Gewerkschaftskongresses durch die Straßen von Breslau bewegte, war eine überwältigende Demonstration. Ob es 25 000, ob es 40 000 Menschen waren, die sich an dem Zuge beteiligten, dessen Vorbeimarsch etwa zwei Stunden in Anspruch nahm, mag dahingestellt bleiben. Dieser Aufmarsch, dessen Ziel die Jahrhunderthalle war, wo die Kongreßteilnehmer sich versammelt hatten, war eine bewundernswerte Leistung. Es war der lebendige Ausdruck des Vertrauens der Arbeiter zu ihren Vertretern. Der Gewerkschaftskongress hat keine vergeblische Arbeit geleistet, die Reden, die er brachte, sind nicht im Winde verhallt. Hinter seinen Beschlüssen steht als realer Machtfaktor die deutsche Arbeiterschaft, die entschlossen ist, sie durchzuführen. Darin liegt die tiefere Bedeutung der Demonstration am Schluß der Tagung. Sie war eine Verkörperung der Schlußworte unserer Arbeiterhymne:

Mit uns das Volk,
Mit uns der Sieg!

Von einer eingehenden Berichterstattung über die Verhandlungen des Kongresses glauben wir Abstand nehmen zu können im Hinblick auf die ausführliche Berichterstattung in der Tagespresse. Die wichtigsten Entschlüsse werden wir noch nachtragen. Als Ergänzung zu den Berichten in der Tagespresse mögen die nachfolgenden Bemerkungen dienen, die unter dem unmittelbaren Eindruck der Kongreßverhandlungen entstanden sind.

Tagenbuchblätter vom Gewerkschaftskongress.

31. August.

Es mag ein Zufall sein, aber es ist doch nicht ohne innere Bedeutung: Der Gewerkschaftskongress in Leipzig wurde von einer Reihe amtierender Minister begrüßt. Der Reichsarbeitsminister, der Reichswirtschaftsminister, der preussische Handelsminister hielten Ansprachen an den Kongress. Nach Breslau sind eine Reihe hoher Ministerialbeamter delegiert, in deren Namen der Staatssekretär Dr. Geib freundliche Worte an den Kongress richtet. Aber das Fehlen der Minister lenkt doch unwillkürlich den Blick auf die seit Leipzig eingetretene Änderung in der Zusammensetzung der Reichsregierung und der daraus notwendig folgenden Abklärung der Beziehungen zwischen Regierung und Gewerkschaften.

Der Kongress tagt in dem neu hergerichteten Saal des Gewerkschaftshauses. Im Schiff des Saales, in dem die Delegierten untergebracht sind, geht es etwas eng zu, aber man behilft sich. Für Ausschüßstungen usw. stehen reichlich Räume zur Verfügung. Die geräumigen Zuhörtribünen sind gut besetzt. Die Ausmalung des Saales war schon gestern bei dem Abendkonzert Gegenstand vieler Unterhaltungen. Die Ansichten über die Schönheit gehen auseinander, einig sind sich aber alle darüber, daß die Sache sehr bunt ist.

Die Begrüßungsreden und die Konstituierung des Kongresses haben verhältnismäßig wenig Zeit in Anspruch genommen, so daß der Bericht des Bundesvorstandes noch in der Vormittagsstunde entgegengenommen werden konnte. Leipzig, von dem man weiß, daß er körperlich leidend ist, hat heute einen guten Tag. Das zeigt sich in seiner Eröffnungsrede und auch in dem etwas umfangreichen Tätigkeitsbericht, der mit großer Aufmerksamkeit angehört wird.

Die Ansprache über den Geschäftsbericht eröffnet Robert D i s m a n n, der Vorsitzende des Metallarbeiter-Verbandes, der schon in einer kleinen Geschäftsordnungsdebatte angekündigt hat, daß er noch öfters zu reden beabsichtigt. Sein Äußeres mutet deshalb etwas seltsam an. Seine Bescheidenheit hat aber darunter nicht gelitten.

1. September.

Auf dem Kongress sind auch einige Kommunisten. Gestern haben zwei von ihnen zum Geschäftsbericht des Bundesvorstandes gesprochen. Besonders der eine, ein Offenbacher Postseuiller, hat seine Anklagen mit starkem Pathos und lauter Stimme in den Saal geschmettert. Es ist ihm nicht gut bekommen. Heute erhielt er von dem Vorsitzenden des Schuhmacher-Verbandes, S i m o n, der als weit links stehender Politiker bekannt ist, eine sehr gründliche Abreibung, die gleich danach von dem Bergarbeiterführer D u s e m a n n glücklich ergänzt wurde. Starke Eindruck machte dessen Mitteilung, daß die von den Kommunisten gegründete Union, die sich kürzlich wieder dem Bergarbeiter-Verband angeschlossen hat, zum Schluß noch ganze 8000 Mitglieder zählte.

Der Gewerkschaftskongress ist eine geistig hoch stehende Versammlung, die an die Redner, die zu ihr sprechen, hohe Anforderungen stellt. Ein Redner, der den Kongress durch die Form und den Inhalt seiner Ausführungen in außerordentlichem Maße fesselt, ist der alte B r e n, der Vorsitzende des Fabrikarbeiter-Verbandes. Das zeigt sich gleich bei dem folgenden Redner, bei dessen Ausführungen das Interesse merklich nachläßt. Starke Eindruck machen später die sachkundigen Ausführungen unseres Kollegen S c h l e i c h e r, der über Tarifvertragsfragen spricht. Seine Hinweis, daß man sich zur Erringung des Achtstundentages nicht auf den Stimmgabel, sondern in erster Linie auf die gewerkschaftlichen Kampfmittel verlassen dürfe, und seine Kritik der übermäßigen Inanspruchnahme der Schlichtungsbehörden, werden wiederholt durch Zustimmungsumgebungen unterbrochen, und am Schluß lohnt ihn lauter Beifall. Allgemein fällt es auf, daß während Schleichers Rede die lange Tafel, an der die 59 Delegierten des Metallarbeiter-Verbandes untergebracht sind, fast leer ist. Nur etwa vier oder fünf Metallarbeiter sind im Saal.

Der Kommunist G a l m aus Offenbach, der zum zweiten Male spricht, ist zweifellos ein tüchtiger Redner. Daß der Inhalt seiner Ausführungen keinen Eindruck macht und oft Widerspruch weckt, ist erklärlich. Der amtierende Vorsitzende ist sehr nachsichtig und gestattet ihm eine erhebliche Überschreitung der Redezeit. Zum Schluß verliest Galm eine der üblichen kommunistischen Erklärungen, die sich mehr durch ihre Länge und durch starke Worte als durch Logik und Klarheit auszeichnen. Er gibt übrigens die Erklärung für sich und den Metallarbeiter-Kranz aus Stuttgart ab. Die kommunistische Fraktion auf dem Kongress zählt also zwei Mitglieder.

Von den recht zahlreich vorliegenden Anträgen sind sehr viele von vornherein unter den Tisch gefallen, weil sie nicht die durch die Geschäftsordnung vorgeschriebene Unterstützung durch 50 Delegierte gefunden haben. Die übriggebliebenen sind der Antragskommission überwiesen, die auch die vom Bundesvorstand vorgelegten Entschlüsse einer Nachprüfung unterzieht. Berichterhalter dieses Hauptausschusses des Kongresses ist unser Kollege F a r n o w, der

lich seiner Aufgabe in der an ihm gewohnten vorbildlichen Weise unterzieht. Man macht sonst oft die Erfahrung, daß auch Vertreterversammlungen vorgelegte Anträge annehmen, wenn sie nur in ihrer Gesamtheit der Auffassung der Versammlung entsprechen. Aus Larnows Berichterstattung ist ersichtlich, daß die Kommission sorgfältig geprüft hat. Sie hat nicht nur an den von ihr zur Annahme empfohlenen Anträgen, sondern auch an dem Text der vorgelegten Entschlüsse gefehlt, um sie in jeder Weise einwandfrei zu gestalten. In allen Fällen wird einstimmig nach dem Vorschlag des Ausschusses beschlossen.

In der Aussprache hat die Bewegung zur Herbeiführung einer Volksabstimmung über das Washingtoner Abkommen eine gewisse Rolle gespielt. In einem Antrag vom Beirat des Metallarbeiter-Verbandes wird die Durchführung des Volksentscheides für den Fall verlangt, daß die Regierung sich weigert, eine entsprechende Vorlage innerhalb eines zeitlich begrenzten Termins einzubringen. Schon in der Aussprache lang aus den Ausführungen verschiedener Redner hervor, daß der Bundesausschuß mit seinem Beschluß über den Volksentscheid etwas voreilig gehandelt hat. Auf dem Kongress herrscht offenbar die Auffassung vor, daß man den Volksentscheid nicht ablehnen soll, daß es aber taktisch unklug ist, sich auf einen festumschriebenen Termin festzulegen. Dieser Auffassung hat die Antragskommission Rechnung getragen, indem sie in die Entschlüsse über die Arbeitszeit einen entsprechenden Satz eingefügt hat und vorschlägt, den Antrag des Metallarbeiter-Verbandes damit für erledigt zu erklären. Vor der Abstimmung nimmt Dörmann das Wort zu einer Erklärung, die darin gipfelt, daß auch die Metallarbeiter dieser Lösung zustimmen. Diese Erklärung fällt aber so lang aus, daß sich einiges Murren bemerklich macht, und der Vorsitzende Schumann mit seiner Bemerkung, daß die Kürze der Rede Würze sei, lebhaftes Zustimmung findet.

Die Einmütigkeit des Kongresses ist nicht ganz restlos. Sie bezieht sich nur auf die Erledigung der Entschlüsse und Anträge zum Geschäftsbericht. Gegen die beantragte Entlastung des Bundesvorstandes hat ein Delegierter gestimmt. Der Schmerz läßt sich ertragen.

Man hat eine Umstellung der Tagesordnung vorgenommen. Um den noch anwesenden Regierungsvertretern die Möglichkeit zu geben, an den Verhandlungen über diesen Gegenstand teilzunehmen, wird der fünfte Punkt der Tagesordnung vorweg behandelt. In der Nachmittagsitzung hält zunächst Professor Dr. Hermann aus Leipzig seinen Vortrag über: „Die Wirtschaft und die Gewerkschaften.“ Der Redner macht äußerlich einen recht jugendlichen Eindruck. Obwohl er unter Verzicht auf jede oratorische Wirkung spricht, hat er das Ohr des Kongresses. Mit gespannter Aufmerksamkeit folgen die Delegierten seinen gehaltreichen Ausführungen. Nach ihm spricht der zweite Referent zu diesem Punkt der Tagesordnung, der Vorsitzende des Textilarbeiter-Verbandes Jäckel über „Die Wirtschaftsdemokratie“. Seine Rede ist oratorisch wirksamer als die des anderen Referenten; beide haben aber die in der Geschäftsordnung den Referenten zugestandene einstündige Redezeit erheblich überschritten.

Die Nachmittagsitzung ist durch die beiden Vorträge vollständig ausgefüllt. Am Schluß teilt der Vorsitzende unter verständnisvoller Heiterkeit des Kongresses mit, daß der eine der beiden kommunistischen Delegierten das Bedürfnis gefühlt hat, zum Protokoll zu erklären, daß er die Abstimmung verjäumt habe, daß er aber, wäre er anwesend gewesen, dem Bundesvorstand die Entlastung verweigert hätte.

3. September.
Heute wird über die gestern gehörten Referate und die zu dem Gegenstand vorliegenden Entschlüsse und Anträge diskutiert. Ein Kabinettsstück ist die Rede des Metallarbeiters Eggert, eines Mitgliedes des Bundesvorstandes, dem man es gern nachsicht, daß er die Redezeit überschritten hat.

Von einigen Verwaltungskellern unseres Verbandes im Frankfurter Gau lag ein umfangreicher Antrag vor, der in dem Bestreben nach einer stärkeren politischen Betätigung der Gewerkschaften gipfelt. Dieser Antrag war nicht ausreichend unterstützt worden. Unser Kollege Heinemann, der die Abtät hatte, den Antrag zu begründen, konnte nur in der allgemeinen Aussprache darauf Bezug nehmen. Die 10 Minuten Redezeit, die ihm zur Verfügung standen, reichten aber zu einer Erörterung des Themas nicht aus, so daß er vorzeitig abbrechen mußte. Das ist bedauerlich, denn wenn man auch dem Gedanken nicht zustimmt, wäre eine Aussprache über den Gegenstand nützlich gewesen.

Von unserem Kollegen Larnow weiß man nicht nur in unserem Verband, daß er etwas zu sagen hat, wenn er das Wort nimmt. Mit größter Aufmerksamkeit folgen alle Kongreßteilnehmer seinen, wie immer formvollendeten und gehaltreichen Ausführungen, an deren Schluß ein Beifallssturm losbricht.

Aus den Sitzungen des Bundesausschusses erzählt man sich, daß dort Larnow und Dörmann sehr oft entgegengesetzte Auffassungen vertreten. Auf dem Kongress sitzen beide infolge eines eigenartigen Zufalles Rücken an Rücken. Als unmittelbar nach Larnow Dörmann das Wort erhält, mag mancher erwarten, daß der Gegenang auch jetzt zum Austrag kommt. Das ist aber nicht der Fall. Dörmann ist ein sehr wirkungsvoller Redner, der es versteht, die Massen mit sich fortzureißen. Seine Beredsamkeit ist aber anderer Art als die Larnows. Auch er erntet Beifall.

Dieser Punkt der Tagesordnung, die Stellung der Gewerkschaften zur Wirtschaft und die Wirtschaftsdemokratie, ist der wichtigste Verhandlungsgegenstand, was auch äußerlich darin seinen Ausdruck findet, daß eine Reihe der hervorragendsten Gewerkschaftsführer hierzu gehaltvolle Ausführungen macht. Eine gewisse Spannung ruft es hervor, als Robert Schmidt, der als geladener Gast den Verhandlungen beiwohnt, die Rednertribüne bestiegt. Er ist begrüßt durch eine Anhebung des kommunistischen Redners, der eine angeblich vom Schmidt in einem Privatgespräch mit Prof. Hermann hergeleitete Äußerung in seiner Rede wiederzugeben hat. Das äußere Bild des Kongresses nimmt sofort das gleiche Aussehen an wie vorher, als Larnow sprach. Die Stille, gespannte Aufmerksamkeit der Holzarbeiter. Man hat das Gefühl, daß es Leute aus untern Reihen sind, deren Worte folgen sollte, aber man so eindrucksvollere Worte nicht hören werden.

Die Aussprache ist in der Vormittagsitzung beendet worden. Nachmittags folgen die Schlusssätze der Referenten. Prof. Hermann versteht es hier, nicht nur durch die Gedanken, die er entwickelt, die Delegierten zu fesseln, er hat auch den professoralen Dozententon, der gestern in seinem Referat auffiel, abgestreift. Er spricht lebhaft und dadurch um so eindringlicher.

Nach Erledigung dieses Punktes der Tagesordnung hält Hermann Müller vom Bundesvorstand sein Referat über „Die Sozialgesetzgebung in Deutschland“. Seine wohl disponierten und eindrucksvoll vorgetragenen Ausführungen werden mit Beifall aufgenommen. Müller ist der erste Referent, der seine Redezeit nicht überschritten hat. Dadurch ist die Möglichkeit gewonnen, noch heute mit der Aussprache über diesen wichtigen Gegenstand zu beginnen.

3. September.
Gestern abend waren die Delegierten des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes und einige andere bekannte Verbandsmitglieder, die in anderer Eigenschaft am Kongress teilnahmen, einer Einladung der Breslauer Ortsverwaltung gefolgt. Diese hatte eine eigenartige Feier veranstaltet. Mehr als 200 Mitglieder der Breslauer Verwaltungsstelle, die seit 25 Jahren und länger unserm Verband angehören, waren mit ihren Frauen zu einer Jubiläumsfeier geladen, bei der sie festlich bewirtet wurden. Bei Musik und Vorträgen erstehen und heiteren Inhalts, die der Bedeutung des Tages angepaßt waren, blieben die Festteilnehmer noch lange zusammen. Sie trennten sich in dem Bewußtsein, einen gemächlichen Abend verleben zu haben.

Heute beginnt der Kongress seine Sitzung etwas früher als sonst; nachmittags soll nämlich der geplante Ausflug nach Zobten stattfinden. Bei der fortgesetzten Aussprache über den Vortrag von Müller erzielte der letzte Redner, ein Stuttgarter Metallarbeiter, mit seinen Lobliedern auf russische Zustände einen unbestrittenen Heiterkeitserfolg. Im Gegensatz dazu steht das Sändelatschen am Schluß seiner Ausführungen. Auf der fortgesetzt gut besetzten Zuhörergalerie haben nämlich die Kommunisten eine Claque untergebracht, die den kommunistischen Rednern den Beifall spendet, den sie beim Kongress nicht erringen können. Die Kongreßleitung ignoriert verständigerweise diesen Mißbrauch des Gastrechts. Die vorliegenden Anträge und Entschlüsse werden durchweg einstimmig nach den Vorschlägen der Antragskommission erledigt.

Die von der Leitung des Kongresses geübte Geschäftsordnung ist darauf abgestellt, die Arbeit abzukürzen und unnötigen Reden vorzubeugen. Diese Absicht ist löblich, aber es scheint, als ob nach der Hinsicht des Guten etwas viel getan wird. Man beginnt nach dem Abschluß der Aussprache über die Sozialgesetzgebung mit dem Punkt 8 der Tagesordnung: „Erledigung sonstiger Anträge“ in der Weise, daß zu den vorliegenden Anträgen die Unterstützungsfrage gestellt wird. Ehe man sich dessen versteht, ist man aber schon bei der materiellen Erledigung. Der Berichterstatter der Antragskommission waltet seines Amtes, und in kurzer Zeit sind alle Anträge nach dem Vorschlag des Berichterstatters erledigt. Man kann dem Einspruch, der am Schluß dieser Art der Geschäftsabwicklung erhoben wird, die Berechtigung nicht versagen. Anträge, welche von mindestens 50 Delegierten unterstützt werden, müssen, gleichviel wie man sich sachlich zu ihnen stellt, auch begründet werden können. Der Vorsitzende kann allerdings in Erwiderung des Einspruches feststellen, daß die überwiegende Mehrheit des Kongresses sein Verfahren billigt.

Die sogenannte Arbeiterdelegation, die in Rußland war, ist in Breslau, und an den Plakatäulen kann man die Ankündigung lesen, daß ihr Führer, der Holzarbeiter Freiburger aus München, heute abend in öffentlicher Versammlung über seine Erfahrungen berichten wird. Der Antrag, der Delegation auch die Möglichkeit zu geben, dem Kongress Bericht zu erstatten, wird unter allgemeiner Zustimmung vom Vorsitzenden Schumann mit dem Hinweis darauf zurückgewiesen, daß diese Delegation von keiner gewerkschaftlichen Stelle beauftragt gewesen sei.

4. September.
Der gestrige Ausflug nach Zobten hat ein wenig unter der Ungunst des Wetters gelitten. Die Rückkehr nach Breslau war aber um so schöner. Ein sehr ansehnliches Aufgebot des Reichsbanners gab den Delegierten das Geleit durch das Städtchen zum Bahnhof. Der Zug der Kongreßteilnehmer war umfäumt von einer großen Zahl von Fackelträgern. Das war eine Demonstration, wie sie das stille Zobten wohl kaum jemals zuvor gesehen hat. Aber es kam noch schöner. Auf allen Stationen, die der Zug auf seiner einständigen Fahrt passierte, wurde er von fackeltragenden Arbeitermassen begrüßt. Die Gewerkschaftsmitglieder, Arbeitersportvereine der verschiedensten Art, Reichsbanner usw. waren oft in überraschend großer Zahl aufmarschiert, um den Zug der Delegierten zu grüßen und dem Kongress ihre Solidarität zu bezeugen. Man hat später gehört, daß die Arbeiter zum Teil mehrere Stunden weit hergekommen waren, um dem Kongress diese Ovationen zu bereiten. Diese Ehrenbezeugungen wurden so aufgenommen, wie sie gemeint waren: als eine Huldigung für den Gewerkschaftsgedanken. Diese schlichten Rundgebungen wirkten geradezu erhebend und beglückend. Sie waren die schönste Bekräftigung der Tatsache, daß die Ideen, für die wir kämpfen, auch in den kleinsten und entlegensten Orten Schlesiens feste Wurzeln geschlagen haben.

Die Verhandlungen wideln sich heute glatt und reibungslos ab. Noch vor wenigen Wochen hat man gefürchtet, daß die Verhandlungen der Organisationsfrage auf dem Kongress zu scharfen Auseinandersetzungen führen und recht unerfreuliche Folgen zeitigen würde. Graßmanns Referat ist im wesentlichen ein historischer Rückblick. Als nach ihm Dörmann seinen bekannten Antrag begründet, bleibt der Kongress ruhig, weiß doch jeder, wie die Sache enden wird. Die vorliegende Resolution ist ein mühsam erzieltes Kompromiß, das auf keiner Seite volle Befriedigung auslöst. Man wird die Entschlüsse annehmen, denn in der jetzigen Situation kann man keinen ernsthaften Streit um die Organisationsform brauchen. Aber besser ist es, möglichst wenig darüber zu reden. Die Erklärungen einer Anzahl Delegationsführer sind des Guten schon etwas viel. Man gewinnt aus ihnen den Eindruck, daß der Streit um die Organisationsfrage nur vertagt ist.

Dank dem von der Kongreßleitung angewendeten beschleunigten Verfahren sind die Arbeiten des Kongresses schneller beendet, als allgemein angenommen worden war. Hatten sich die ausländischen Gäste bei Beginn der Verhandlung Zurückhaltung auferlegt und sich darauf beschränkt, durch den Mund des Vertreters des Internationalen Gewerkschaftsbundes dem Kongress ihre Grüße zu übermitteln, so ist am Schluß der Tagung noch genügend Zeit, auch den anwesenden Vertretern der verschiedenen Landeszentralen die Möglichkeit zu geben, einige Worte an den Kongress zu richten. Es sind kurze, aber sympathisch berührende Rundgebungen der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse. Starken Eindruck erzielt besonders der Belgier Meertens, der in deutscher Sprache, die er nur mühsam meistert, den überwältigenden Eindruck schildert, den die schlichten Demonstrationen der schlesischen Arbeiter bei der gestrigen Rückfahrt von dem Ausflug auf ihn gemacht haben. Dann hält der Vorsitzende Brandes einen Rückblick auf die geleistete Arbeit, die ausklingt in ein Hoch auf die deutsche und die internationale Gewerkschaftsbewegung, und die schön verlaufene Tagung hat ihr Ende erreicht.

Luthers Aktion für die Unternehmer.

Die Reichsregierung Luther-Schiele und die hinter ihr stehenden Parteien haben die Zollvorlage planmäßig durchgepeitscht. Die Oppositionsparteien wurden brutal vergewaltigt. Ihren Anträgen wurde keine sachliche Behandlung zuteil, sie wurden blindlings niedergestimmt. Der Bürgerblock hat sein wahres Gesicht gezeigt; er ist das politische Werkzeug der Junker und Industriellen gegen das schaffende Volk.

Der Bürgerblock hat die Zölle begründet mit der Notwendigkeit, die heimische Wirtschaft vor der ausländischen Konkurrenz zu schützen. Das Unternehmertum läßt keine billigen Waren nach Deutschland. Es erhofft von den Zöllen eine Preissteigerung zugunsten des eigenen Geldbeutels. Das ist der verschiedenlich auch offen zugegebene Zweck der Zolltarifnovelle. Ihre Durchpeitschung ist der Abschluß einer großen Lohnbewegung des Unternehmertums.

Daß die Unternehmer den neuen Zolltarif als ein wirksames Mittel zur Erhöhung der Warenpreise betrachten, hat sich vom ersten Tage an gezeigt. Schon die Ankündigung der Zölle brachte Bewegung in die Preise der wichtigsten Lebensmittel, diese gingen rückwärts in die Höhe. Das ist aber erst der Anfang, die nächsten Wochen und Monate bringen uns noch manche unangenehme Überraschung. Die letzten Tage haben trotz des Inkrafttretens der Zölle am 1. September eine Senkung der Getreidepreise gebracht. Das ist darauf zurückzuführen, daß die Getreideimporteure mit Erfolg bemüht gewesen sind, noch vor der Wiedereinführung der Zölle große Mengen Getreide nach Deutschland hereinzubringen. In einer anderen Jahreszeit wäre das wahrscheinlich ohne Einfluß auf die Preisentwicklung geblieben, heute aber, wo auch der kleine Bauer mit seinem Getreide auf dem Markt erscheint, bedeutet diese verhältnismäßig starke Einfuhr ein gewisses Überangebot, das den Preis etwas herunterdrückt. Das ist ein leider bald vorübergehender Zustand, es wird nicht lange dauern, und die Getreidepreise steigen wieder, und zwar so stark, daß sie über dem Weltmarktpreis stehen. Damit dies recht schnell geschieht, dafür hat die Reichsregierung schon gesorgt. Am 1. Oktober kommen die aus der Vorkriegszeit her unruhigst bekannten Getreideeinfuhrscheine zur Wiedereinführung. Was es damit auf sich hat, werden wir nächstens ausführlicher auseinandersetzen, heute darüber nur soviel: Die Getreideeinfuhrscheine haben den Zweck, den Inlandspreis um den vollen Zoll über den Weltmarktpreis zu bringen. Sie sind eine Liebesgabe für die Junker auf Kosten des Volkes.

Was wir in den letzten Wochen an Preissteigerungen erlebt haben, ist also erst der Anfang einer neuen Teuerungswelle. Zu den Zöllen kommt die Erhöhung der Wohnungsmieten. Der Bürgerblock hat beschlossen, daß die Mieten bis zum 1. April 1926 den Vorkriegsstand erreicht haben müssen. Dabei wird es aber nicht bleiben. Nach einer Erklärung des Reichsarbeitsministers sollen die Mieten in möglichst kurzer Zeit auf etwa 140 Prozent der Vorkriegeshöhe gebracht werden. Wer 1914 also 40 Mk. Miete im Monat zahlte, soll im kommenden Frühjahr 56 Mk. zahlen. Das sind nette Aussichten! Wir haben also jeden Monat mit einer höheren Miete zu rechnen. Daß diese Erhöhung der Wohnungsmieten die Teuerung kräftig fördert, bedarf keines Beweises.

Die vom Bürgerblock betriebene „Wirtschaftspolitik“ wirkt sich genau so aus, wie die Gewerkschaften vorausgesagt haben. Ihre Warnungen und Forderungen blieben unbeachtet, wurden mit Hohn und Spott abgetan. Jetzt befreit auch der Dummste, daß der Bürgerblock nicht für das Volk; sondern gegen das Volk regiert. In der Arbeiterkammer herrscht über diese Zustände tiefe Empörung. Sie sucht nach den Schuldigen an der furchtbaren Teuerung. Der Reichskanzler Dr. Luther ohnt, daß seinem Bürgerblock hier große Gefahr droht. Er sucht diese abzuwehren durch neue Versprechungen. Am 8. August hat der Reichskanzler im Reichstag bittere Klage über die Teuerung geführt und für den 1. Oktober eine allgemeine Preissenkung versprochen. Das Volk horcht auf, schenkt den Worten aber keinen Glauben. Es hat noch nicht vergessen, daß Dr. Luther im Herbst 1924 das gleiche Versprechen gemacht hat, ohne es eingelöst zu haben. In der Folgezeit wurden die Preise nicht abgebaut, im Gegenteil, sie wurden immer höher, für die Arbeiterfamilien immer unerträglicher. Auf Dr. Luthers Versprechungen ist also nichts zu geben. Diesmal noch weniger als 1924. Reichskanzler Dr. Luther ist der Vater des Bürgerblocks, des Schuldigen an der Teuerung. Der Bürgerblock hat die Zölle beschlossen und die Wohnungsmieten gewaltig erhöht, obwohl er wußte, daß dadurch die Teuerung neue Nahrung erhält. Ja, die Erhöhung der Warenpreise ist sein konsequent verfolgtes Ziel.

Und nun kommt der Reichskanzler Dr. Luther und verspricht eine allgemeine Preissenkung. Die Arbeiterkammer hat kein Vertrauen zu dieser Sache. Ihr Mißtrauen scheint um so berechtigter, wenn man erfährt, daß die Unternehmerverbände den

Plan der Reichsregierung eifrig unterst... Über die Durchführung der „Preisenkungsaktion“ haben zwischen der Reichsregierung und Vertretern der Unternehmer Verhandlungen stattgefunden. Am 26. August hat die Reichsregierung zu den beabsichtigten Maßnahmen endgültig Stellung genommen und eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, die kurz zusammengefaßt folgendes besagen:

1. Gegen alle Bedingungen und Abreden, die unmittelbar oder mittelbar zu einer Steigerung der Preise oder zur Aufrechterhaltung übersteigter Preise führen, und die von Kartellen, Syndikaten und gleichartigen Zusammenschlüssen oder von einflussreichen Einzelunternehmungen ausgehen, werden künftig alle Machtmittel der Verordnung gegen Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen vom 2. November 1923 (Kartellverordnung) in Anwendung gebracht werden. Falls die Durchführung dieser Maßnahmen zeigt, daß kein genügender Erfolg eintritt, wird die Reichsregierung den gesetzgebenden Körperschaften eine entsprechende Verschärfung der Kartellverordnung vorschlagen.

2. Bei Vergebung von öffentlichen Aufträgen soll die freie Konkurrenz in vollem Umfang wieder zur Geltung kommen. Vereinbarungen, die die freie Konkurrenz bei öffentlichen Versteigerungen und öffentlichen Ausschreibungen zu beeinträchtigen geeignet sind, sollen gesetzlich unter Strafe gestellt werden.

3. Einbringung eines Gesetzentwurfes zur Aufhebung der Geschäftsaufsicht unter gleichzeitiger Abänderung der Konkursordnung.

4. Die öffentlichen Gelder des Reiches werden so bewirtschaftet werden, daß nicht nur keine Gefahr einer Steigerung der privaten Geldflut entsteht, vielmehr der Antrieb für ihre Senkung gegeben wird.

„Die Reichsregierung fordert die gesamte Bevölkerung, Produzenten und Konsumenten, auf, im eigensten Interesse die eingeleitete Gesamtaktion zur Verbilligung der Lebenshaltung der Bevölkerung zu unterstützen. Die Spitzenorganisationen der Wirtschaft haben bereits zugesagt, ihren ganzen Einfluß darauf einzusetzen, daß die Auswirkung der Steuerermäßigungen, insbesondere der Ermäßigung der Umsatzsteuer auf 1 Prozent, in den Preisen zum Ausdruck kommt.“

Das sind die von der Reichsregierung geplanten Maßnahmen gegen die Teuerung. Würde sie ihre Beschlüsse restlos durchführen, dann könnte schon einiges erreicht werden. Wer aber glaubt, daß das geschieht? Würde die Reichsregierung das tun, wären die Unternehmerverbände ihre schärfsten Gegner. Diese haben den Plänen nur zugestimmt, weil sie wissen, daß die ganze „Preisenkungsaktion“ ein leeres Versprechen ist zur Beruhigung des Volkes. Reichsregierung und Unternehmer spielen ein unehrliches Spiel. Sie tun so, als ob sie die Teuerung ernstlich bekämpfen, um später, wenn der gewollte Mißerfolg offensichtlich ist, sagen zu können, der Bürgerblock habe getan, was getan werden konnte, aber die Gewerkschaften hätten den Erfolg vereitelt, diese trifft die Schuld an der Teuerung.

Nachdem die Reichsregierung ihre Beschlüsse im Einverständnis der Unternehmerverbände gefaßt hatte, hat sie die Gewerkschaften zu einer Aussprache geladen. Die Regierungsvertreter erklärten, durch die geplanten Maßnahmen solle verhindert werden, daß das inländische Preisniveau sich auf die hohen Sätze des neuen Zolltarifs einstelle. Hier ist von einer allgemeinen Preisenkung schon keine Rede mehr. Es soll nur die durch Wiedereinführung der Zölle auf Lebensmittel drohende Preissteigerung nicht restlos zur Auswirkung kommen.

Wenn die Dinge so liegen, mit welchem Recht berufen sich dann die Unternehmerverbände bei der Ablehnung von Lohnforderungen auf die „Preisenkungsaktion“ der Reichsregierung? Die Gewerkschaften fordern ja keine Erhöhung der Löhne wegen der künftigen Teuerung, sondern wegen der bereits bestehenden. Noch wunderlicher ist es, wenn dieselben Regierungsvertreter, die als Ziel der Aktion die Verhinderung künftiger Preissteigerungen bezeichnen, gleichfalls verlangen, daß die Gewerkschaften von weiteren Lohnforderungen absehen. Unwillkürlich kommt einem die Vermutung, daß die „Preisenkungsaktion“ ein billiger Vorwand ist für die Ablehnung von Lohnforderungen der Arbeiter. Die Unternehmer haben ihre große Lohnbewegung in Gestalt des neuen Zolltarifs hinter sich, den Arbeitern soll mit Hilfe der Reichsregierung und ihrer „Preisenkungsaktion“ die notwendige Lohnerrhöhung vorenthalten werden. Da die Gewerkschaften auf Lohnerrhöhungen nicht verzichten können, im Interesse der Arbeiter und der Wirtschaft, will man sie später als die „Saboteure der Verbilligungsaktion der Regierung“ hinstellen, wie eine Unternehmerzeitung es jetzt bereits tut.

Die Dr. Luthersche „Preisenkungsaktion“ ist ein fein ausgetüchtelter Plan gegen die Gewerkschaften und für die Unternehmer. Schade nur, daß die Arbeiter nicht darauf hereinfallen, sondern klar erkennen, wer der Schuldige an der Teuerung ist, nämlich der Bürgerblock.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Die Unternehmer haben kein Interesse an einer Steigerung der Ausfuhr.

Deutschlands Außenhandelsbilanz hat im vergangenen Monat eine weitere Verschlechterung erfahren. Die Unternehmer jammern und suchen nach Gründen für das schlechte Ausfuhrgeschäft. Das Ergebnis ihrer Untersuchung ist: Wir sind zu teuer, andere Länder liefern billiger. Warum stehen unsere Waren so hoch im Preis? Selbstverständlich nur deshalb, weil die Arbeiter zu hohe Löhne fordern. Die Unternehmer drehen ihre alte Leier von den „hohen Löhnen“ vergnüglich weiter, dabei wissen sie aber ganz genau, daß die Löhne an dem Rückgang der Ausfuhr ganz unschuldig sind. Die Gründe für das schlechte Ausfuhrgeschäft liegen nicht bei den Arbeitern, sondern bei den Unternehmern. Diese Überzeugung gewinnt immer mehr an Boden, auch in den Kreisen des Unternehmertums.

Die „Frankfurter Zeitung“ vom 27. August veröffentlicht eine Zufschrift des erfahrenen und führenden Exporteurs Hermann Hecht (Berlin), der sich mit der Exportunfähigkeit der deutschen Unternehmer beschäftigt. Herr Hecht behauptet, daß die Deutschen „verlernt haben, den Export so zu behandeln, daß er fortzuschreiten und sich entwickeln kann“. Nach seiner Meinung liegen die Gründe des Ausfuhrrückganges nicht in den Löhnen, denn „unser Löhne sind nicht höher als die anderer Konkurrenzländer“. Die Unternehmer könnten billiger liefern als das Ausland, wenn sie die Preise nicht künstlich in die Höhe schrauben würden. Syndikate, Kartelle und andere Organisationen schreiben den Preis vor, der von allen zu fordern ist. Er wird so festgesetzt, daß auch der rückständigste Betrieb noch einen guten Gewinn erzielt. Wie die Unternehmerverbände arbeiten, sagt Herr Hecht in folgenden Worten:

„1. Der Leistungsfähige und Starke verpflichtet sich, den Preis des Leistungsunfähigen nicht zu unterbieten. 2. Das bedeutet, daß der Preis des Leistungsunfähigen maßgebend ist. 3. Dadurch wird als Gegengespens der Nutzen des Leistungsfähigen erhöht um die Spanne seiner höheren Leistungsfähigkeit. 4. Mit anderen Worten: Nicht der das Höchste Leistende konkurriert gegen das Ausland, sondern der am wenigsten Leistende. 5. Da nun beim Fertigfabrikat, das ins Ausland gelangen soll, nicht nur das Syndikat oder Kartell des letzten Fertigstellenden in Betracht kommt, sondern auch alle diejenigen, die diesen mit Halb- resp. Vorfabrikaten beliefern, so häufen sich im Fertigfabrikat alle die Kartellpreise sämtlicher Vorfabrikate.“

Auf diese Weise kommen Preise heraus, die völlig unberechtigt sind und über dem Weltmarktniveau liegen. Weiter kommt hinzu, daß zahlreiche Unternehmer sich um Auslandsaufträge herzlich wenig kümmern. Früher habe man Inlandsaufträge zugunsten der Auslandsaufträge zurückgestellt, heute sei das nur noch selten der Fall. Auf Grund seiner genauen Kenntnis der Dinge kommt Herr Hecht zu folgendem Schluß: „So entgegen Deutschland täglich große Aufträge, nicht etwa nur deshalb, weil wir nicht liefern können, sondern weil wir nicht liefern wollen, obgleich wir die Ausfuhr nötig haben wie das liebe Brot.“

Ähnliche Klagen führt die „Musikinstrumenten-Zeitung“ in ihrer Nummer vom 25. August. Sie veröffentlicht einen Brief aus Britisch-Indien, der sich mit den Außenhandelspraktiken der Klavierfabrikanten beschäftigt. Britisch-Indien führe große Mengen Pianos ein, Deutschland habe daran nur einen geringen Anteil. Das liege aber an Deutschland selbst. Die Unternehmer glauben, das Ausland warte auf ihre Instrumente, das ist jedoch nicht der Fall. In dem Briefe heißt es unter anderem: „Neulich hat mich ein Herr, ihm Offerten aus Deutschland zukommen zu lassen, und zwar in Schillergeräten und in Flöten für Erwachsene. Alle Offerten, die einliefen, waren weit teurer als die hier vorhandenen, die zumeist aus England stammen. Selbstverständlich ging das Geschäft in die Brüche. Warum ist Deutschland so viel teurer? Überhaupt mache ich bei fast allen Musikinstrumenten die gleiche Erfahrung, abgesehen von der unfreundlichen Weise, mit der jede Anfrage beantwortet wird. Es muß ein netter geschäftlicher Ton wieder eingreifen, wie vor dem Kriege, und dann wird das Geschäft sich auch wieder beleben. Deutschland muß sich die stille Zeit selber zuschreiben.“

Also auch dieser Briefschreiber ist der Meinung, daß die Unternehmer das Ausfuhrgeschäft höchst gleichgültig behandeln. Sie fordern zu hohe Preise und behandeln obendrein den ausländischen Käufer in einer Art und Weise, daß diesem alle Lust vergeht, mit den deutschen Unternehmern ein Geschäft zu machen. Das sind die wahren Gründe des schlechten Ausfuhrgeschäfts.

Verschlechterung des Mieterschutzes.

Die Reichsregierung veröffentlicht im „Reichsarbeitsblatt“ den Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Mieterschutzgesetzes. Dieser Entwurf sieht vor, daß dem Mieter schon gekündigt werden kann, wenn er mehr als den Mietbetrag eines Monats schuldet, gegenüber dem Zwei-monatsbetrag bisher. Ein wegen Zahlungsverzuges oder nichtwidrigen Verhaltens verurteilter Mieter soll jetzt zur Räumung der Wohnung auch dann gezwungen werden können, wenn ihm keine Ersatzwohnung gestellt wird, ausgenommen der Fall, daß der Mieter zum Beispiel als Erwerbsloser oder Sozialrentner infolge unverschuldeter Not nicht zahlen konnte und der ihm zugebilligte Zahlungsausschub keine übergroße Härte für den Vermieter darstellt. Mietverhältnisse über gewerbliche Räume können ohne Ersatzstellung, jedoch mit Räumungsfrist gekündigt werden. Untermieter ohne selbständige Wirtschaft sollen nach dem Entwurf nicht mehr dem Mieterschutzgesetz unterstehen; ihnen kann dann jederzeit gekündigt werden. Untermieter mit eigener Haushaltung, deren Räume in engem wirtschaftlichen oder räumlichen Zusammenhang mit der Wohnung des Untermieters stehen, müssen schon dann die Kündigung gegen sich gelten lassen, wenn der Untermieter ein begründetes Interesse an der Erlangung des Raumes hat. Dem vollen Mieterschutz untersteht der Untermieter nur, wenn die gemieteten Räume nicht in engem Zusammenhang mit den Räumen des Untervermieters stehen. Dem Untermieter kann nach dem Vorschlag gekündigt werden, auch ohne daß ihm eine Ersatzwohnung gestellt wird. In dieser neuen Fassung soll das Mieterschutzgesetz bis 1. Juli 1927 Gültigkeit behalten.

Gegen diesen Entwurf, der den heutigen Mieterschutz in vielen Punkten wesentlich verschlechtert, wird von den Mietern mit Recht Protest erhoben. Ob es den Arbeitervertretern gelingen wird, die Verschlechterung des Mieterschutzgesetzes abzuwehren, ist bei der Einstellung der bürgerlichen Parteien des Reichstages sehr fraglich.

Ein internationaler Arbeiter-Esperantologreß.

Die „Sennacieca Asocio Tutmonda“, der proletarische Esperantoweltbund, hielt in den Tagen vom 11. bis 14. August seinen fünften Kongreß in Wien. Zu dem 180 Arbeiteresperantisten aus 12 Ländern erschienen waren, abgesehen von der Bundeseite erst seit 1921, aber er kann sich rühmen,

bereits beachtenswerte Arbeit im Dienste der Arbeiterbewegung geleistet zu haben. Er gibt das allwöchentlich erscheinende Organ „Sennaciulo“ heraus. Der Zweck des Weltbundes ist es weniger, Esperanto zu propagieren, als diese Weltprache schon jetzt der allgemeinen Arbeiterbewegung dienlich zu machen. Beschlossen wurde, eine engere Verbindung mit den nationalen Propagandaorganisationen herzustellen.

Aus dem Verbandsleben.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungszusatznummer ist der 37. Wochenbeitrag für die Woche vom 6. bis 12. September fällig geworden.

Nachstehend bringen wir die wichtigsten vom Verbandstag in Stuttgart beschlossenen Statutenänderungen.

den Verwaltungsstellen und Mitgliedern zur Kenntnis. Die Statutenänderungen treten am 1. Oktober 1925 in Kraft.

Beitrag.

§ 12.

1) Jedes Mitglied hat für die Hauptklasse wöchentlich einen Beitrag zu entrichten. Maßgebend für dessen Höhe ist in der Regel das Einkommen des vertraglichen Durchschnittslohnes der Branche bzw. des Berufs.

§ 17.

1) Die Stundung der Beiträge ist in der Regel nur bis zu acht Wochen gestattet und nur dann gültig, wenn sie von der Ortsverwaltung in der Mitgliedskarte bzw. im Mitgliedsbuch bescheinigt ist.

Unterstützungen.

Reisenunterstützung.

§ 18.

1) Männlichen Mitgliedern, die mindestens 52 Beihilfsbeiträge geleistet haben, kann ohne Wartezeit eine Reisenunterstützung von 1 ML. pro Tag bis zum Höchstbetrag von 45 ML. gewährt werden.

§ 19.

2) Die Reisenunterstützung beträgt bei einem Wochenbeitrag bis 70 Pf. pro Tag 1 ML., bei einem Wochenbeitrag von 80 Pf. bis 1 ML. pro Tag 1,50 ML. und bei einem Wochenbeitrag von über 1 ML. pro Tag 2 ML.

§ 20.

1) Reise-, Arbeitslosen- und Krankenunterstützung werden gegeneinander ausgerechnet. Der Höchstbetrag, den ein Mitglied innerhalb 52 Wochen an Reise-, Arbeitslosen- und Krankenunterstützung beziehen kann, beträgt nach einer Beitragsleistung und Mitgliedschaftsdauer von

30 Pf. Beitrag	52	156	260	520 Beitragswochen
21	27	33	39	39 ML.
27	33	39	45	45 "
33	39	45	51	51 "
39	45	51	57	57 "
45	51	57	63	63 "
51	57	63	69	69 "
57	63	69	75	75 "
63	69	75	81	81 "
69	75	81	87	87 "
75	81	87	93	93 "
81	87	93	99	99 "
87	93	99	105	111 "

Arbeitslosenunterstützung.

§ 21.

1) Die Arbeitslosenunterstützung beträgt pro Woche nach einer Mitgliedschaftsdauer und Beitragsleistung von

30 Pf. Beitrag	52	156	260	520 Wochen
2,10	2,70	3,30	3,90	3,90 ML.
2,70	3,30	3,90	4,50	4,50 "
3,30	3,90	4,50	5,10	5,10 "
3,90	4,50	5,10	5,70	5,70 "
4,50	5,10	5,70	6,30	6,30 "
5,10	5,70	6,30	6,90	6,90 "
5,70	6,30	6,90	7,50	7,50 "
6,30	6,90	7,50	8,10	8,10 "
6,90	7,50	8,10	8,70	8,70 "
7,50	8,10	8,70	9,30	9,30 "
8,10	8,70	9,30	9,90	10,50 "

2) Die Unterstützung wird innerhalb 52 Wochen, vom ersten Unterstützungstage an gerechnet, auf die Dauer von 10 Wochen (80 Tage) gewährt. Etwaige Reise- und Krankenunterstützung, die das Mitglied in den letzten 52 Wochen schon bezogen hat, werden mit eingerechnet. Die im § 20 aufgeführten Höchstsätze dürfen nicht überschritten werden.

Streitunterstützung.

§ 31.

1) Die Unterstützung bei Streits und Aussperrungen beträgt wöchentlich nach einer Mitgliedschaftsdauer und Beitragsleistung von

30 Pf. Beitrag	13	26	52	156	260	520 Wochen
2,40	3,00	4,80	5,70	6,60	7,80	7,80 ML.
3,00	3,90	6,00	6,90	7,80	9,00	9,00 "
4,20	4,80	7,20	8,10	9,00	10,20	10,20 "
5,10	5,70	8,40	9,30	10,20	11,40	11,40 "
6,00	6,60	9,60	10,50	11,40	12,60	12,60 "
6,90	7,50	10,80	11,70	12,60	13,80	13,80 "
7,80	8,40	12,00	12,90	14,10	15,00	15,00 "
8,70	9,30	13,20	14,10	15,00	16,20	16,20 "
9,60	10,20	14,40	15,00	16,20	17,40	17,40 "
10,50	11,10	15,60	16,20	17,40	18,60	18,60 "
11,40	12,00	16,80	17,40	18,60	19,80	19,80 "
12,30	12,90	18,00	18,60	19,80	21,00	21,00 "
13,20	13,80	19,20	20,10	21,00	22,20	22,20 "

2) Außerdem wird den Mitgliedern für jedes nicht erwerbsfähige Kind unter 16 Jahren ein Zuschlag gewährt. Dieser beträgt pro Kind und Woche bei einem Wochenbeitrag von 30 bis einschließlich 50 Pf. 60 Pf., bei 60 bis einschließlich 80 Pf. Beitrag: 80 Pf., bei 90 bis einschließlich 120 Pf. Beitrag: 120 Pf. und bei 150 Pf. Beitrag 150 Pf.

Krankenunterstützung.

§ 58.

1) Die wöchentliche Unterstützung im Krankheitsfalle beträgt die Hälfte der Arbeitslosenunterstützung.

2) Die Unterstützung wird innerhalb 52 Wochen, vom ersten Unterstützungstage an gerechnet, auf die Dauer von 30 Wochen (120 Tage) gewährt. Etwaige Reise- und Arbeitslosenunterstützung, die das Mitglied in den letzten 52 Wochen schon bezogen hat, werden mit eingerechnet. Die im § 20 aufgeführten Höchstsätze dürfen nicht überschritten werden.

Unterstützung in Sterbefällen.

§ 76.

Die Unterstützung muß innerhalb vier Wochen nach dem Todesfall erhoben werden. Sie beträgt nach einer Mitgliedschaftsdauer und Beitragsleistung von

30 Pf. Beitrag	156	260	520 Wochen
18	27	36	36 ML.
24	36	48	48 "
30	45	60	60 "
36	54	72	72 "
42	63	84	84 "
48	72	96	96 "
54	81	108	108 "
60	90	120	120 "
66	99	132	132 "
72	108	144	144 "
78	117	156	156 "
84	126	168	168 "
90	135	180	180 "
96	144	192	192 "
102	153	204	204 "
108	162	216	216 "
114	171	228	228 "
120	180	240	240 "
126	189	252	252 "
132	198	264	264 "
138	207	276	276 "
144	216	288	288 "
150	225	300	300 "

Aus der Holzindustrie.

Unser Verbandstag und die Unternehmer.

Während die bürgerlichen Zeitungen über alle möglichen und unmöglichen Veranstaltungen bürgerlichen Charakters lange Berichte veröffentlichen, nehmen sie von den Tagungen der Gewerkschaften keine Notiz. Unser Stuttgarter Verbandstag ist, soweit wir übersehen können, nur in der „Völkischen Zeitung“ kurz erwähnt worden. Auch die meisten Unternehmerzeitungen der Holzindustrie haben sich bisher noch nicht mit ihm beschäftigt. Eine Ausnahme machen „Der Holzmarkt“ und „Die Holzindustrie“, beide widmen dem Verbandstag längere Artikel. Der „Holzmarkt“ schreibt einleitend:

„Tagungen aller Art sind ja heute an der Tagesordnung; die meisten davon sind nicht weltbewegend, oft nur Gewohnheits- oder Formsache, statutengemäß stattfindende Generalversammlungen, auf denen sehr viel geredet wird, aber nichts gesagt, also leeres Stroh gebroschen wird, dem Teilnehmer zur Freude, aber niemand zu Leid. So ist der Durchschnittstyp der Tagungen, auf denen es, so oft und soviel sie auch stattfinden mögen, niemals „Tag“ wird. Die Zahl der wirklich seriösen Tagungen ist dagegen um so geringer. Zu ihnen zu zählen ist ohne Zweifel der Verbandstag der Holzarbeiter, der Aufmarsch des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, einer Organisation, die die Interessen von mehreren hunderttausend Arbeitnehmern vertritt; in welcher Weise und mit welchem Erfolg, das ist dem holzwirtschaftlichen Unternehmertum ja hinreichend bekannt. ... Deshalb überragen solche Tagungen den Durchschnittstyp wirtschaftlicher Veranstaltungen oft ganz beträchtlich, und deshalb muß auch die Holzwirtschaft der Tagung der Holzarbeiter mehr als die übliche Beachtung widmen, um aus ihr zum mindesten soviel zu erkennen, daß die oft beliebte Redensart von der „Gewerkschaftsmildigkeit“ ihrer Arbeitnehmer, vom „sterbenden Marxismus“ usw. nichts weiter als leeres Gerede ist.“

Wenn der „Holzmarkt“ unsere Verbandstage höher einschätzt als die Tagungen der Unternehmer, so ist das eine Anerkennung unseres Verbandes, die wir gern registrieren. Wie es auf Unternehmertagungen zugeht, hat der „Holzmarkt“ früher einmal recht nett geschildert. In seinem Bericht von der 30. Generalversammlung des „Bereins Ostdeutscher Holzhändler und Sägewerke“, die am 6. September 1924 in Königsberg stattfand, heißt es unter anderem:

„Die Königsberger Tagung verlief glanzvoll. ... Unter den etwa 150 Holzhändlern herrschte eine so gute Stimmung, daß der Empfangsabend — er reichte bis ungefähr 4 Uhr morgens — wie im Fluge genussreich verlief. Und die Ostpreußen ließen sich nicht lumpen, tafelten ein wundervolles Diner auf und feuchteten das so gut und gründlich an, daß die Holzhändlerherzen alle Krübel langer Monate vergaßen und eine Hausfestimmung an Bergnütigkeit aufkam.“

Unsere Verbandstage nehmen einen anderen Verlauf, sie sind nicht dem Vergnügen gewidmet, sondern erster Arbeit im Interesse der Holzarbeiter und der Holzwirtschaft. Der „Holzmarkt“ erkennt das in den ersten Sätzen seines Artikels auch an, später aber macht er sich lustig über die vom Verbandstag geforderte Demokratisierung der Wirtschaft. Darüber weiter unten unsere Antwort. Zunächst ein paar Bemerkungen zu dem Artikel der „Holzindustrie“, dem Organ des Arbeitgeberverbandes der Deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes.

Die „Holzindustrie“ fragt: Wohin geht der Weg? Ihr hat es die vom Verbandstag einstimmig angenommene Entschliessung zur Lohn- und Vertragspolitik angetan. Sie drückt diese Entschliessung ab und bemerkt dazu: „Also die alten Kampfobjekte: Erhöhung des Lohnes, Verkürzung der Arbeitszeit und Verlängerung der Feriendauer! Dahin soll also der Weg gehen?“ Hat die „Holzindustrie“ erwartet, daß der Verbandstag beschließen werde, sich den Unternehmerforderungen auf Lohnabbau, Arbeitszeitverlängerung und Beseitigung der Ferien zu unterwerfen? Ach nein, unser Deutscher Holzarbeiter-Verband weiß schon, was er will, und was er den Holzarbeitern und der Holzwirtschaft schuldig ist. Die Verwirklichung der Unternehmerforderungen führt nicht zum Aufstieg, sondern zur wirtschaftlichen und technischen Stagnation und schließlich zum Zusammenbruch der Holzindustrie. Die Wirtschaft würde vollkommen verrotten, wenn die Gewerkschaften die Unternehmer nicht ständig zwingen würden, ihre Betriebe technisch und organisatorisch auszubauen. Darum wird und muß unser Holzarbeiter-Verband seinen Weg weitergehen. Weder väterliche Ermahnungen noch brutale Drohungen können ihn abhalten, das zu tun, was im Interesse der Holzarbeiter und der Holzwirtschaft liegt. Die „Holzindustrie“ hätte sich die folgenden Worte sparen können:

„Wenn der Referent auf dem Verbandstag der Holzarbeiter mit gewissem „Stolz“ berichtete, daß von Jahresbeginn an bis zur großen Aussperrung ständig etwa 10 000 Kollegen im Lohnkampf sich befanden“, so wird er, wenn es so mit den Forderungen weitergehen sollte, bei nächster Zusammenkunft der Holzarbeiter gewiß über weit höhere Zahlen berichten können; denn das eine steht fest, daß die Unternehmer es ablehnen werden, Forderungen zu erfüllen, die nicht den Arbeitsfrieden, sondern den Zerfall der Wirtschaft herbeiführen helfen.“

Also die Antikündigung einer neuen „Gesamtausperrung der Holzindustrie“. Der Arbeitgeberverband der deutschen Holzindustrie hat auf diesem Gebiete ja einige Erfahrung. Vielleicht erinnert er sich gelegentlich des bekannten Sprichworts von den gebräunten Kindern.

Nun zurück zum „Holzmarkt“. Er will von der Demokratisierung der Wirtschaft nichts wissen. Der Unternehmer ist und bleibt der Herrscher, und die Arbeiter haben zu gehorchen. Er bezeichnet die Gewerkschaftsführer als Dummköpfe, die von der Wirtschaftsführung keine Ahnung haben. „Wir möchten doch bestreiten, daß auch nur fünf Leute in der ganzen Gewerkschaftsleitung befähigt wären, kaufmännisch und technisch auch nur einen mittelwichtigen Betrieb gut zu leiten“, schreibt der „Holzmarkt“ in seiner ihm angebotenen Beharlichkeit. Diese Worte des „Holzmarkt“ geben uns Veranlassung, an eins seiner Urteile über die Tüchtigkeit der Unternehmer zu erinnern. Am 17. Dezember 1924 schrieb er:

„Auf den meisten Sägewerken herrschen miserable Zustände. Unordnung, Gleichgültigkeit und Schlampererei. Und andererseits herrschen bei den Betriebsleitern und noch mehr bei den Sägewerksbestyrhern großer Mühsal, Rechthaberei, Einbildung des Besserverstehens. Die Dummheit und Aufgeblasenheit triumphierten da leider recht oft. Wenn der Chef noch in technischer Beziehung ein Meister wäre, dann könnte man das allesfalls noch verstehen; aber das ist ja doch nur in den allerersten Fällen zutreffend, die Sägewerksbesitzer verstehen ja meistens technisch so ziemlich nichts, bilden es sich nur ein und spielen oft den gründlichsten Kenner, ohne es zu sein.“

So sehen nach dem „Holzmarkt“ die Männer aus, die heute die Betriebe in Händen haben. Da braucht man sich wirklich nicht zu wundern, wenn es mit der Wirtschaft nicht vorwärtsgelht. Trotz alledem fordert der „Holzmarkt“, daß diese Unternehmer nach wie vor allein über die Betriebe und die Gesamtwirtschaft entscheiden sollen. Die Arbeiter, die vielen Unternehmern an technischer Tüchtigkeit überlegen sind, dürfen nicht mitreden, sie haben das zu machen, was die „dummen und aufgeblasenen“ Unternehmer befehlen. Wir wissen, daß das Urteil des „Holzmarkt“ nicht auf alle Unternehmer zutrifft. Viele von ihnen sind wirklich tüchtige Betriebsleiter und Wirtschaftskenner. Diese bringen den gewerkschaftlichen Forderungen aber weit mehr Verständnis entgegen als jene, die den „Holzmarkt“ als ihren Sachwalter betrachten. Im übrigen ist es ja auch mit der wirtschaftlichen Tüchtigkeit des Herrn Fernbach vom „Holzmarkt“ nicht weit her. Wir erinnern nur an seine Pleite mit der Moschall-A.G. in Osterode. Mag er aber schwägen, wozu er Luft hat. Die Holzarbeiter gehen ihren geraden Weg bis zu Ende.

Bayerns Sägewerksindustrie wieder einmal vor dem Zusammenbruch.

Das „Zentralblatt für den deutschen Holzhandel“ veröffentlichte am 17. August 1924 einen Artikel mit der Überschrift: „Der drohende Zusammenbruch der bayerischen Sägewerksindustrie.“ Sein Verfasser, Johannes Vöft, schilderte in düsteren Farben die wirtschaftliche Lage der Sägewerksunternehmer und sagte deren Zusammenbruch in naher Zukunft voraus. Seitdem ist ein Jahr vergangen. Daß die Unternehmer in dieser Zeit auf Rosen gebettet gewesen sind, wird niemand behaupten wollen. Aber ebensowenig kann von einem Zusammenbruch der bayerischen Sägewerksindustrie die Rede sein. Vielleicht sind einige Betriebe kaputtgegangen, die große Mehrzahl aber hat sich behauptet, ja, sie stehen heute wirtschaftlich gesünder da als vor einem Jahr.

Herr Johannes Vöft hat sich als schlechter Prophet erwiesen; was ihm vielleicht schmerzlich ist, uns aber sehr freut. Der Prophet Vöft ist inzwischen still geworden, das Prophezeien über den Zusammenbruch der bayerischen Sägewerksindustrie geht aber lustig weiter. Jetzt ist Klaus Sylvander der Prophet. Wir wissen nicht, ob Herr Sylvander von dem Mißerfolg seines Vorgängers unterrichtet ist. Auffällig ist aber, daß er fast genau ein Jahr später in das gleiche Horn stößt, das Johannes Vöft falsch geblasen hat. Klaus Sylvanders Artikel hat die Überschrift: „Die bayerische Sägewerksindustrie vor der Katastrophe“ und wird von der Unternehmerzeitung „Das Holz — Pöbner Holzmarkt und Forst-anzeiger“ am 11. August 1925 veröffentlicht.

Herr Klaus Sylvander schreibt: „Die Lage der bayerischen Sägewerksindustrie, besonders der Südbayerischen, wächst sich immer mehr zu einer Krise aus, die katastrophalen Umfang annehmen muß, wenn nicht bald Abhilfe geschaffen wird. Fragt man nach den Ursachen, so hört man stets, daß drei Dinge daran schuld sind: 1. die zu hohen Steuern; 2. die zu hohen Rundholzpreise und 3. die zu hohen Frachten.“ Was Herr Sylvander hierzu zu sagen weiß, trifft im allgemeinen zu. Besonders einleuchtend sind seine Ausführungen über die Belastung der Sägewerke durch die hohen Rundholzpreise und hohen Eisenbahnfrachten. Lächerlich aber ist seine Behauptung, daß die Sägewerke dauernd mit Verlust arbeiten. Er macht eine Verlustrechnung auf, die beweisen soll, daß ein Sägewerk mit drei Gattern, wenn es ständig im Gang ist, seinem Besitzer einen jährlichen Verlust von 115 000 Mk. bringt.

Auf diesen Unsinn näher einzugehen, lohnt nicht. Wir geben zu, daß die Sägewerke gegenwärtig nicht aus dem Vollen schöpfen können. Wohl geht das Schnittholzgeschäft im allgemeinen gut, die erzielbaren Preise stehen aber in keinem rechten Verhältnis zu den Rundholzpreisen. Erste Voraussetzung für die Gesundung der Sägewerksindustrie ist der Abbau der Rundholzpreise. Das geben auch die Unternehmer zu, trotzdem aber werden die Rundholzpreise immer mehr in die Höhe getrieben. Wird diesem Treiben nicht bald Einhalt geboten, dann allerdings sehen auch wir mit großer Besorgnis in die Zukunft. Die Sägewerksunternehmer haben eine straffe Organisation nur dann, wenn es gegen die Arbeiter geht. Wenn sie mit der gleichen Entschlossenheit den Waldbesitzern entgegenzutreten würden, könnten sie das Hinaustreiben der Rundholzpreise sehr wohl verhindern. Dazu fehlt ihnen aber der Mut.

Bemerkenswert an den Ausführungen des Herrn Klaus Sylvander ist, daß er mit keinem Wort auf die Sägerlöhne eingeht. Die Dinge liegen in Wirklichkeit auch so, daß der Lohn bei den Produktionskosten der Sägewerke eine mehr als bescheidene Rolle spielt. Hoffentlich lassen nun auch die Sägewerksunternehmer ab von dem öden Geschwätz über die „hohen Löhne“.

Lüge als bewußtes Kampfmittel.

Die kommunistischen Zeitungen veröffentlichten einen „Bericht“ über den Internationalen Holzarbeiterkongress in Brüssel. Schon die Überschrift: „Ein Sieg der Gewerkschaftspalter Tarnow u. Co.“ läßt den Zweck der Veröffentlichung klar erkennen. Ein weiterer Schwindel ist die Behauptung, daß „die deutsche Delegation 15 Mann stark vertreten war, um durch ihre große Zahl den Kongress zu beeinflussen“. Wie unsere Leser aus dem Kongressbericht der „Holzarbeiter-Zeitung“ wissen, war unser Holzarbeiter-Verband durch fünf Kollegen in Brüssel vertreten. Das weiß auch der Verfasser des kommunistischen Berichts. Sein Schwindel ist eine neue Beträugung des Bekennnisses der „Roten Fahne“ vom 19. August 1923: „Die Kommunisten benutzen die Lüge als bewußtes Kampfmittel.“

Wissenschaftliche Beichten der Unternehmer.

Wer Gelegenheit hat, die Unternehmerzeitungen der Holzindustrie regelmäßig zu lesen, und sich ihren Inhalt ein wenig merkt, der kommt aus dem Staunen gar nicht heraus. Daß die Unternehmerzeitungen viel volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Unsinn veröffentlichen, ist begreiflich, denn es ist ja ihre Aufgabe, die Dinge und die Tatsachen so auf den Kopf zu stellen, daß sie stets gegen die Arbeiter und für die Unternehmer sprechen. Staunen muß man aber darüber, wie die Unternehmerzeitungen es fertigbringen, heute das Gegenteil von dem zu schreiben, was sie gestern behauptet haben. Wir haben schon verschiedentlich Proben dieser Kunst hier festgenagelt. Heute bringen wir einen neuen Beitrag zu diesem Kapitel.

Die „Zeitschrift für Instrumentenbau“ veröffentlichte am 1. August 1925 einen Artikel über: „Die weltwirtschaftliche Bedeutung des Musikinstrumentenbaues.“ Der Verfasser ist ein Dr. Herbert Schmidt-Lamberg. In dem Artikel wird zunächst festgestellt, daß die Weltproduktion an Musikinstrumenten in den letzten Jahren eine gewaltige Steigerung erfahren hat. Dr. Schmidt untersucht nun, welches die Hauptproduktionsländer sind. Früher habe Deutschland an erster Stelle gestanden, jetzt seien die Vereinigten Staaten von Amerika das Hauptproduktionsland für Musikinstrumente. Wenn die Unternehmer der amerikanischen Musikinstrumentenindustrie Schmidts Artikel zu Gesicht bekommen, werden sie nicht wenig erstaunt sein über die Bedeutung, die sie in der Musikinstrumentenindustrie der Welt nach Dr. Schmidt haben sollen. Amerika ist also Trumpf, soweit die gesamte Industrie in Frage kommt. Dr. Schmidt untersucht nun auch die Verhältnisse der einzelnen Branchen. Über die Klavierindustrie schreibt er: „Während nämlich vor dem Kriege in Europa Deutschland an führender Stelle marschierte, ist ihm diese Rolle heute durch England entwunden worden, und selbst Italien und Frankreich bauen heute quantitativ mehr als vor dem Kriege und mehr als Deutschland.“ Diese wissenschaftliche Feststellung ist noch um einige Grade lächerlicher als die über Amerika. Aber weiter: „Von den europäischen Ländern haben sich vor allen Dingen Italien und Frankreich zu ersten Lieferanten des Weltmarktes gemacht. Das italienisch-französische Streichinstrument ist immer noch ausschlaggebend, vor allen Dingen für die Mittelmeerlande.“ „Auch das amerikanische Streichinstrument ist hier stärker vertreten als das deutsche.“ Nach Herrn Dr. Herbert Schmidt ist die deutsche Musikinstrumentenindustrie auf dem Weltmarkt also fast völlig ohne Bedeutung. Amerika, England, Frankreich und Italien beherrschen das Feld.

Das war die wissenschaftliche Überzeugung des Herrn Dr. Schmidt am 1. August 1925. Welche Wirkung dieser Artikel auf die Unternehmer, die Leser der „Zeitschrift für Instrumentenbau“ sind, gehabt hat, entzieht sich unserer Kenntnis. Wahrscheinlich haben die Tüchtigsten unter ihnen den Artikel fein säuberlich zurückgelegt als Material für die nächste Lohnverhandlung mit dem Deutschen Holzarbeiter-Verband. Denn daß an der Verdrängung der deutschen Musikinstrumentenindustrie vom Weltmarkt die „hohen Löhne“ schuld sind, steht außer Zweifel.

Keiner von diesen Unternehmern wird daran gedacht haben, daß die „Zeitschrift für Instrumentenbau“ vier Wochen früher, am 1. Juli 1925, einen Artikel veröffentlicht hat, der genau das Gegenteil von dem besagt, was am 1. August in ihren Spalten zu lesen war. Und was das allerhöchste dabei ist, auch dieser Artikel stammt von Dr. Herbert Schmidt-Lamberg. In diesem Aufsatz „Deutsche Musikinstrumente im Ausland“ stellte Dr. Schmidt bezüglich der deutschen Streichinstrumentenindustrie fest, daß diese nach Italien mehr Instrumente ausführt, als dort gebraucht werden. Italien treibe mit den deutschen Streichinstrumenten einen schwunghaften Handel, besonders in den Mittelmeerlandern. Nun vergleiche man diese Feststellung Dr. Schmidts mit der, die er vier Wochen später gemacht hat. Am 1. August schreibt er, daß die deutsche Musikinstrumentenindustrie in der Welt so gut wie keine Bedeutung mehr hat, und vier Wochen früher, am 1. Juli, schrieb er an gleicher Stelle:

„Es ist gleichgültig, ob man mit einem jener wunderbar eingerichteten Bergnütungs Schnell dampfer der Hamburger und Stettiner Reedereien eine Reise nach dem skandinavischen Norden, dem mittelländischen Süden oder gar über den großen Teich nach Nord- oder Südamerika macht, überall wird man in den Konzertsälen, in den Restaurants, Cafés, Bars, Tanzpalästen in den Händen der jungen und der ergrauten Künstler Musikinstrumente finden, die ihre deutsche Herkunft auch dann nicht verleugnen können, wenn sie schamhaft eine fremdländische Marke aufgepappt erhielten. In der Tat stellt der deutsche Musikinstrumentenbau nach dem Kriege einen der blühendsten Zweige des deutschen Exports dar, und zwar einen, der sich gleichmäßig blühend um die ganze Erde rankt. Man kann in den Sonhallen Tokios ebenso wie in den Riesenhotels Schanghai das deutsche Klavier, den deutschen Flügel erklingen hören, man wird die Mandoline der Spanierin wie das Banjo des Sizilianers mit Ernsthaftigkeit auf ihre deutsche Abstammung prüfen dürfen. ... Die deutschen Musikinstrumente erringen sich in steigendem Maße das Vertrauen des europäischen und überseeischen Auslandes.“

Wir lassen es dahingestellt, ob die Aussichten der deutschen Musikinstrumentenindustrie wirklich so rosig sind, wie Dr. Schmidt sie in seinem ersten Artikel schildert. Diese Schilderung kommt der Wahrheit aber doch wesentlich näher als der Inhalt seines zweiten Artikels. Was er in diesem schreibt, ist haarsträubender Unsinn. Er hat mit diesen beiden Aufsätzen bewiesen, daß er heute so und morgen anders schreiben kann. Solche Leute entsprechen anscheinend ganz dem Geschmack gewisser Unternehmer.

Wirsten- und Winstelmachergehalte aus Rumänien.

Die Winstelfabrik Tontsch u. Haydel in Medias in Siebenbürgen (Rumänien) läßt durch einen in Deutschland herumreisenden Agenten Winstelmacher und Vorstanzjuristen anwerben. Die Arbeiter werden auf mehrere Jahre kontraktlich verpflichtet zu Bedingungen, die annehmbar erscheinen. Wenn die Kollegen dort sind, bietet die Firma viel ungünstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Ein aus Rumänien zurückgekehrter Kollege berichtet uns über seine Erfahrungen mit dieser Firma. Wie warnen die Kollegen der Wirsten- und Winstelbranche, sich mit der Firma Tontsch u. Haydel einzulassen.

Gewerkschaftliches.

Kommunistische Gewerkschaftsarbeit.

Die in Halle erscheinende kommunistische Zeitung „Klassenkampf“ forderte am 10. Juni 1922 ihre Leser auf, „persönliche Gemeinheit“ und „persönliches Geizhals“ in den Gewerkschaftsversammlungen zum Austrag zu bringen. Wer in den letzten Jahren Gelegenheit hatte, im Verbreitungsgebiet des „Klassenkampf“ Versammlungen zu besuchen, der hat feststellen können, daß die kommunistische Parole in einigen Orten getreulich befolgt wurde. Die Kollegen haben sich das aber nicht lange gefallen lassen, aus den berufsmäßigen Rufesörern wurden wieder anständige Versammlungsbesucher gemacht. Heute nehmen auch in Mitteldeutschland die Versammlungen wieder einen würdigen Verlauf.

Das scheint dem „Klassenkampf“ nicht zu gefallen; in seiner Nr. 172 vom 11. August 1922 gibt er aufs neue Anweisung, wie die Gewerkschaftsversammlungen am besten geführt und den kommunistischen Parteizwecken nutzbar gemacht werden können. Der „Klassenkampf“ fordert auf zur Vernichtung des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“. Er schreibt: „Recht in den Gewerkschaften und Betrieben sowie in allen Arbeiterorganisationen dazu Stellung. Die Gewerkschaften müssen Beschlüsse fassen, wonach die Zugehörigkeit zum Reichsbanner mit den Pflichten eines Gewerkschafters ebensowenig vereinbar ist wie die zum Stahlhelm, Behrwoiß oder anderen offen die Zollräuber unterstützenden Organisationen. Die Betriebsarbeiter müssen alle diejenigen, die trotz gründlicher Aufklärung nicht aus dem Reichsbanner austreten wollen, so behandeln, wie alle anderen Gelben.“

Es ist nicht unsere Aufgabe, das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ gegen die kommunistischen Angriffe zu verteidigen, das mag es selbst tun, wenn es eine Verteidigung für notwendig hält. Wir vermuten, daß das Reichsbanner auf die kommunistischen Schimpereien und Verleumdungen ebenso wenig geben wird wie die Gewerkschaften. Wogegen wir uns wenden, ist das Hineintragen von parteipolitischen Streitigkeiten in die Gewerkschaftsversammlungen. Wo das versucht wird, werden unsere Kollegen hoffentlich sogleich das richtige Mittel finden, um die Versammlungsförderung zur Ruhe zu bringen. Unsere Versammlungen sind kein Tummelplatz für kommunistische Krakeelheden.

Da der unlängst abgehaltene kommunistische Parteitag beschlossen hat, die „Gewerkschaftsarbeit“ zu steigern, ist anzunehmen, daß der „Klassenkampf“ mit seiner neuen Parole die Richtung angeben will, in der sich die kommunistische „Gewerkschaftsarbeit“ zu bewegen hat. Für diese Sorte Mitarbeit danken die Arbeiter bestens.

Der Textilarbeiter-Verband hat seit längerer Zeit umfangreiche Lohnkämpfe zu führen. Jetzt haben die sächsischen Unternehmer die Aussperrung von 200 000 Textilarbeitern angekündigt. Um die dem Textilarbeiter-Verband aufgeworfenen Kämpfe erfolgreich abwehren zu können, hat dessen Vorstand beschlossen, Extrabeiträge zu erheben. Beliebige und jugendliche männliche Mitglieder von 16 bis 18 Jahren zahlen 50 Pf. und alle anderen Mitglieder 1 Mk. Extrabeitrag pro Woche.

Unternehmerbewegung.

Reichsverband der deutschen Klavierindustrie.

Der Reichsverband der deutschen Klavierindustrie und verwandter Berufe hielt seine diesjährige Hauptversammlung am 26. Juni in Cassel ab. Über den Stand und die Tätigkeit des Reichsverbandes veröffentlicht die „Deutsche Instrumentenbau-Zeitung“ einen kurzen Jahresbericht. Danach sind diesem Unternehmerverband 320 Firmen mit etwa 18 500 Arbeitern angeschlossen. Von den Arbeitern entfallen auf den Bezirk Berlin 8000, Leipzig 8000, Dresden 2000, Stuttgart 1100, Braunschweig 950, Plegnitz 900, Böh 750, Hamburg 650 und Eisenberg 450. Die restlichen 700 Arbeiter verteilen sich auf eine Reihe kleinerer Orte.

Für die Tätigkeit des Reichsverbandes gelten folgende Richtlinien: a) Nachrichtenaustausch über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse; b) Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen, Unterbindung des Abwanderns von Arbeitern; c) Auskunft und Ratschläge an Arbeiter- und sozialpolitischen Fragen; d) Übermittlung von wichtigen Entscheidungen auf arbeitsrechtlichem Gebiet. Der Jahresbericht stellt fest, daß der Nachrichtenaustausch gut funktioniert. Unsere Kollegen im Reiche wissen also nun, woher es kommt, daß die Unternehmer über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den einzelnen Orten stets gut unterrichtet sind. Diese haben einen gut ausgebauten Nachrichtenaustausch, der uns leider noch fehlt. Das muß schnellstens nachgeholt werden, was sich auch leicht machen läßt, wenn die Kollegen in den einzelnen Orten ihre Pflicht tun. Alle Sektionen, und wo keine besteht, der Vertrauensmann, müssen über die örtlichen Verhältnisse regelmäßig an die Branchenabteilung im Verbandsvorstand berichten. Von hier aus geht das Material dann sofort an alle in Frage kommenden Orte weiter, so daß die Kollegen allerorts über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im ganzen Reiche unterrichtet sind.

Die vom Reichsverband der deutschen Klavierindustrie beschlossenen Richtlinien verpflichten die Unternehmer zur „Unterbindung des Abwanderns von Arbeitern“. Gemeint ist damit die NichtEinstellung von Arbeitern, solange deren früherer Unternehmer nicht die Zustimmung dazu gibt. Wegen diese Beschränkung der Freizügigkeit der Arbeiter, die auch von anderen Unternehmerverbänden versucht wird, haben wir erst kürzlich (Nummer 32 der Holzarbeiter-Zeitung) Stellung genommen. Welche Erfahrungen die Klavierfabrikanten mit diesem Beschluß gemacht haben, wird in dem Jahresbericht aus begründlichen Gründen nicht gesagt. Dieser Beschluß wird um so unwirksamer sein, je geschlossener die Reihen der Klavierarbeiter sind. In diesem Falle haben die Arbeiter nicht nur darüber mitzureden, wer eingestellt werden soll, sondern sie reden dann auch bei der Verteilung der freien Arbeitskräfte ein bestimmendes Wort mit.

Der Reichsverband hat sich auf seiner Casseler Hauptversammlung auch mit der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse beschäftigt. Der Arbeitgeberverband der deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes ist an den Reichsverband mit dem Wunsch herangetreten, bei Lohnverhandlungen eng zusammen zu arbeiten. Dieser Wunsch hat jedoch nicht die Zustimmung der Klavierfabrikanten gefunden. In dem Verhandlungsbericht heißt es: „In der anschließenden Aussprache wird von einzelnen Herren ein Zusammengehen mit der Holzindustrie befürwortet, während die Mehrheit eine eigene Lohnpolitik der Musikinstrumentenindustrie unter den gegebenen Verhältnissen für richtiger hält. Hierbei sei naturgemäß selbstverständlich, daß bei allen Maßnahmen auf die Lage in der verwandten Holzindustrie Rücksicht genommen wird.“ Beschlossen wurde, daß die Bezirksverbände in der Frage der Lohnpolitik enge Fühlung miteinander zu nehmen haben. Hierfür hat der Vorstand des Reichsverbandes Richtlinien aufzustellen.

Ein weiterer Beratungsgegenstand auf der Casseler Hauptversammlung war die Lehrlingsfrage. Aus dem Bericht geht hervor, daß der Reichsverband einen Beschluß darüber gefaßt hat, wie groß die Zahl der bei jeder Firma auszubildenden Lehrlinge sein darf oder muß. Die Lehrzeit ist auf drei Jahre beschränkt worden, was sowohl im Interesse des Lehrlings selbst als auch der Industrie liegt. Die für die Lehrlingsausbildung beschlossenen Richtlinien besagen u. a.: „Vorabsetzung für die Berechtigung zur Ausbildung von Lehrlingen in der Pianoindustrie ist die Anerkennung des betreffenden Betriebes als Lehrbetrieb. Als Lehrbetriebe werden im allgemeinen alle Betriebe anerkannt, in denen entweder der Inhaber oder ein Meister eine ordnungsmäßige Lehre und anschlüssend eine mehrjährige praktische Tätigkeit in der Pianoindustrie durchgemacht hat. In Zweifelsfällen entscheidet eine Kommission, ob ein Betrieb als Lehrbetrieb anzuerkennen ist oder nicht.“ Weiterhin wird bestimmt, daß den ordnungsmäßig ausgebildeten Lehrlingen ein Lehrbrief ausgestellt wird, auf Grund dessen sie im ganzen Reiche als Facharbeiter anerkannt werden. Das recht sehr nach Innungszunft und mutet an wie ein „Mittelalterliche Zustände“, wie Herr Westermayer, der geschäftsführende Vorsitzende des Reichsverbandes, kürzlich mit Recht die Bestrebungen der Innungsbrüder nannte. Die Pianofabrikanten halten die Lehrlingsausbildung für eine Angelegenheit, die sie allein angeht, die Arbeiter haben dabei nicht mitzureden. Das ist ein unmöglicher Zustand. Die Arbeiter fordern auch hier ihre Gleichberechtigung, und sie werden es auch verstehen, ihr Ziel zu erreichen.

Der Reichsverband der deutschen Klavierindustrie und verwandter Berufe ist eine festgefügte und gut geleitete Organisation. Die Pianofabrikanten wissen den Wert eines strengen Verbandes besser zu schätzen als mancher Arbeiter und manche Arbeiterin der Musikinstrumentenindustrie. Hoffen wir, daß diese Kollegen und Kolleginnen von den Unternehmern lernen und sich um restlos ihrer Organisation, dem Deutschen Holzarbeiter-Verband, anschließen.

Literarisches.

Alle nachstehend angezeigten Bücher können durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes GmbH, Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2, bezogen werden.

Gerb Wullenweber. Die Geschichte eines jungen Arbeiters. Von Jürgen Brand. Verlag J. S. W. Dieck Nachf., Berlin SW 68. 175 Bl. — Jürgen Brand schildert in diesem Buche mütterlich den Kampf des Alten, der zur Tradition erstarrten Vergangenheit, gegen das Neue, Bedeudende. Gerb Wullenweber wächst über seine Provinz hinaus, wird Verkörperung kämpfender Jugend, die wohl Achtung vor dem Alter hat, die aber nicht zurückwärtshaut. Ein herrliches Buch für die Jungen und die Alten unserer Bewegung.

Jacob auf der Himmelsleiter. Von Karl Bräuer. J. S. W. Dieck Nachf., Berlin SW 68. Preis in Ganzleinen 2,40 Mk. — Der betauerte Arbeiterdichter Bräuer veröffentlicht hier seine nachdenkliche Gedichte aus dem Leben. Wie willkürlich dem Mitleid recht viele Leser.

Als politischer Gefangener. — Bilder aus dem Gefängnisleben. Von Bernhard Kruse. Hiltlinger Verlagsanstalt und Druckerei G. m. b. H., Jena. Preis in Halbleinen 3,50 Mk. — Kruse, der wegen Landesverrat angeklagt war, schildert seine eigenen Erlebnisse als politischer Gefangener.

Jugendbuch des Zentralverbandes der Angestellten. Berlin SO 26, Drahtstr. 40/41. Organisationspreis 40 Pf., im Buchhandel 75 Pf., in besserer Ausstattung 1 Mk. — Das Jugendbuch enthält Lieber, die von der Arbeiterjugend gern gelesen werden.

Der Kampf um die Auswertung. Von Helfrich bis Hindenburg. Von Hugo Heiman. W. D. N. Verlag J. S. W. Dieck Nachf., Berlin. 88 Seiten. Preis 1 Mk. — Der Verfasser, der Vorsitzende des Hauptauschusses des Reichstages, gibt nicht nur eine Darstellung von der Entwicklung des Aufwertungsgesetzes, sondern er legt auch die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion dar und bezeichnet besonders die verlogene, doppelgängerige Haltung der Sozialdemokraten.

Die freien Gewerkschaften und die Kirchen. Von A. Draack. Industriearbeiter-Verlag, G. m. b. H., Berlin NW 40. Preis 80 Pf. — Der Verfasser geht von der Grundfrage der deutschen Kirche gegen die freien Gewerkschaften aus und weist nach, daß die Sonderstellung der christlichen Gewerkschaften mit Religion nichts zu tun hat.

Einkaufsfront? Unter diesem Titel gibt der Vorstand des Deutschen Bauergewerksbundes eine kleine, für seine Funktionäre bestimmte Schrift heraus, in welcher die Gründe dargelegt werden, aus welchen der geschlossene Übertritt des sogenannten Verbandes der Geschlossenen abgelehnt wurde.

Josef Wiebels, K 330386, thron- u. gepolsterte Holzstühle aus abgeriff. Es wird gebeten, seinen jähigen Esenshalsort an den Garzendorfer, Herrn R. Widmer, Frankfurt a. M., Westfälischenstraße 51, I, mitzuteilen.

Zücht. alt. Möbeldreiner für beste handverarbeitete Möbelarbeit sowie Inventarbau in Dauerstellung bei Hans Müller, Langenwerthele 5, Sprengelstraße 11.

Möbeldreiner u. Polierer, unerschrocken, haben dauernde Beschäftigung in Braunwald. Drehten an den Besten der Jüngling Franz Siegel, Braunwald, Barchter Straße 11.

3 tüchtige Tischler für gute eichene und polierte Arbeit nicht unter 24 Jahren, gesucht. C. G. Schmidt, Tischlerfabrik, Pögnitz i. Thüringen.

Einige durchwegs perfekte Piano-Zusammensetzer aus langjähriger Erfahrung für dauernd feste, solide Klänge u. Piano-facharbeit. Jünglingswerkstatt bei Pögnitz i. Thüringen.

Jünger tüchtig Drehteller haben dauernde Beschäftigung bei Georg Jäger, Pögnitz i. Thüringen.

Flotten Fräser u. Holzbohrer in Pögnitz i. Thüringen.

1 tüchtiger Schloßpolierer hat sich bei H. & Z. Spahn, Pögnitz i. Thüringen.

Suche für meine Bergolderei und Kunstwerkstätte nach einem tüchtigen selbstständigen Vergoldergehilfen. Richard Deubach, Bergolderei, Kassel, Beierstraße 15.

Erfahrener selbst. Beizer, nicht unter 25 Jahren, in Dauerstellung gesucht. C. G. Schmidt, Möbelfabrik, Pögnitz i. Thüringen.

Zwei Korbmachergehilfen auf Hartarbeit stellt f. j. ein Franz Duffner, Greifenhagen (Pommern).

Hobelbänke, 2 m. bis 100 Mk. H. Dregger, Holzmaschinen, Sparenbergstr. 11.

Fischlerschule Hildesheim am Harz Ausbildung als Meister, Techniker u. Innenarchitekt Programm geg. Rückp.

Hobelbank-Ersatz, patentamt. gesch. Neuheit. Preis 6,50 Mk. Bei Mehrbezug Rabatt. Event. Teilzahlung. Prospekt 10 Pf. Pfeiffer, Pfarrkirchen.

Alles zur Laubsägerei, reichhaltig sortiert, liefert J. Z. Jahn, Holzbori 11 (Pögnitz). Preisliste gratis und franko.

Erstkl. Hobelbänke, Platten und Gestelle aus la. ge. Eichen, ausr. Arbeit, 60. Furnierböcke, Furnierböcke ganz aus Eichen, mit verstellbaren Spindeln, Hobel, Schraubzwingen aus Holz und Eisen, Leinwand, alle Fischerwerkzeuge billigst bei L. Quast, Kataloge gegen 10 Pf. Briefmarken. Gebr. Haase, G. m. b. H., Legnitz, Werkzeugfabrik, Telefon Nr. 1553.

Stuhlflächrohr! Beste, ergiebigste Qualität. Halbgl. rotband Nr. 2a 3a 4a pro Pfund Mk. 4,20 4,30 3,80 Bei 2 Pfund portofrei, liefert sofort Walther, Dresden-N., Rehefelderstr. 53.

Leim- u. Furnieröfen fertig, als Spezialität (Preis gratis) Gebr. Reiffinger, Freiburg i. B. 1 Polierwalze Christ. Wünschmann, Rabenau in Sa.

Städtische Handwerker- und Kunstgewerbeschule zu Braunschweig Frequenz ca. 600 Schüler / 32 Lehrkräfte Tages- u. Abendschule (4 bis 8 Sem.) mit Vorbereitungsklassen, Fachklassen und Werkstätten / Abschlußprüfungen zu jeder Zeit / Meisterprüfungen / Abend- u. Sonntagschule / Fachschule f. Maschinenbau mit gleichen Zielen Prospekt usw. bereitwilligst durch die Geschäftsstelle: Steinrothwall 33

Der junge Tischler Seine Erziehung zu wahrhaftigem und schönem Schaffen von M. Heidrich und H. Weber 2. erweiterte Auflage (4. bis 8. Tausend) — Mit 137 zum Teil neuen Abbildungen — In Ganzleinen 8 Mk. Für Mitglieder des Verbandes, aber nur beim Bezug durch die Verwaltungsstelle, 5 Mark. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H., Berlin SO 16, Am Kölln. Park 2 Postcheck: Berlin 25397

Kollegen! Nobelbänke in jeder gewünschten Ausführung, Normalbank 2 m lang, mit Eisen- spindeln, Blatt und Untergestell, aus la. trockener Rotbuche 84 Mk. Bauhütten- Betriebs-Verband Schlesien, G. m. b. H., Abteilung Fabrik für Holz- bearbeitung, Legnitz, Ostwitzer Str. 1.

Original Englische Bildhauer- u. Drehteller-Werkzeuge. Werkzeug-Neuheiten für Tischler empfiehlt Otto Bergmann, Berlin-Lichterfelde-West, Zehlendorfer Straße 33. Werkzeug-Katalog 1925 mit heutigen Tagespreisen sendende bei Bedarf an Werkzeug gratis u. fr. Bestellungen werden nur schriftlich angenommen.

I Holzdrehbank, Fußbetrieb, mit Hobelbank kombiniert, billigst zu verkaufen, günstige Zahlungsbedingungen. Gebr. Haase, GmbH., Legnitz, Schlachthofstraße 13.

Schreinerei mit 3 Hobelbänken und einigen Maschinen günstig zu verkaufen, eventuell mit Wohnung. Offerten unter „M. M. 56“, postlagernd Hörde in Westfalen.

Hobelbänke liefert schnell und preiswert Paul Melzer, Aplerbeck i. W.

Soeben neu eingetroffen: Aktentaschen aus gutem Voll-Rindleder, braun, Stück 10 Mark.

Zeitungstaschen aus gutem, wasserdichtem Segeltuchstoff (36 x 25 x 10 cm), solange der Vorrat reicht, Stück 2,80 Mark. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarb.-Verbandes GmbH, Berlin SO, Am Kölln. Park 2 Postcheckkonto: Berlin, Nr. 28397.

Bildhauer- u. Stuhlbauer- Werkzeug unter Garantie liefert Fritz Plotenhauer, Rabenau i. Sa.

Die Anstrengung beim Grundieren, die Schwierigkeiten der guten Politur ersparen Sie sich durch die Rapid-Schottack-Politur.

Garantiert einwandfrei. Sieben. Kein Ausschwitzen od. Nachgeben. Tropenfest. Überzeugen Sie sich selbst. Gratisproben auf Verlangen. Chem. Fabrik auf Aktien (vorm. E. Schering), Berlin, Müllerstrasse 170/171.